

SYLVIE GOULARD

### Wo endet Europa?<sup>1</sup>

Bevor ich diese Frage beantworte, möchte ich sie gern umformulieren. Die entscheidende Frage scheint mir nicht „Wo endet Europa?“ – Europa als geographischer Begriff –, sondern „Wo endet die EU?“ – nämlich die organisierte, supranationale, demokratische Staaten- und Bürger-Union.

Wer die Frage der Grenzen der EU stellt, stellt in der Tat die Frage nach ihrer Handlungsfähigkeit und ihrer Finalität. Leider ist die Frage der Grenzen der EU nie öffentlich gestellt worden. Wir haben nicht einmal über den türkischen Beitritt, über die Grundentscheidung für diesen Beitritt, in der EU eine offene, grenzüberschreitende Debatte organisiert. Weder in der Kommission, noch in den Mitgliedstaaten gab es dazu offene Überlegungen. Die Argumente für und gegen einen Beitritt wurden nirgendwo rechtzeitig diskutiert; das Hauptargument ist oft, man könne jetzt die Beitrittsperspektive nicht aufgeben, weil man sie versprochen habe. Aber warum haben wir sie versprochen? Gute Gründe gibt es sicherlich. Die Frage ist aber verdrängt worden. Sie war und ist immer noch für manche Beamten und Politiker, sowohl in Brüssel, als auch in den Hauptstädten, tabu. Umso größer ist jetzt das Misstrauen der Bürger.

Meine These in dem im Oktober 2004 veröffentlichten Buch „Le Grand Turc et la République de Venise“<sup>2</sup> ist die folgende: Die Ausdehnungsfähigkeit der EU ist begrenzt. Die EU endet also dort, wo und wann die europäischen Bürger nicht mehr bereit sind, mitzumachen. Die EU endet, wo die EU aufhört, eine Staaten- und Bürgerunion zu sein, und wo Diplomatie und Demokratie sich nicht mehr vertragen.

Es ist höchste Zeit, die EU ernst zu nehmen: Die EU ist als Staaten- und Bürgerunion ein riesiger Erfolg. So wird sie weltweit eingeschätzt. Sie ist der einzige und einzigartige Versuch in der politischen Wissenschaft, etwas Neues zu bauen. Sie bietet eine neue Dimension zwischen den Nationalstaaten, die oft zu klein sind, und den bisher bekannten internationalen Organisationen, die oft ineffizient sind. Dieses außerordentliche Ergebnis müssen wir schützen, auch gegen diejenigen, die die Begrenztheit der EU nicht sehen wollen.

Wir brauchen eine Union, die uns erlaubt, in den vielen Bereichen aktiv und wirksam zu sein, in denen internationale Maßnahmen notwendig sind, wie beispielsweise

---

<sup>1</sup> Der Vortragsstil wurde beibehalten.

<sup>2</sup> Im Verlag Fayard, mit einem Vorwort von *Robert Badinter*. „Le Grand Turc et la République de Venise“; 2005 in einer aktualisierten Version unter dem Titel „EU-Türkei: eine Zwangsheirat?“ im Berliner Wissenschaftsverlag in deutscher Sprache veröffentlicht.

bei der Bekämpfung der Armut, der Umweltverschmutzung, von Krankheiten, des Terrorismus und des Fundamentalismus in der Welt. Diese Aufgabe, „zu einer besseren Welt beizutragen“, hat damals Jean Monnet gesagt, hat absoluten Vorrang. Deshalb müssen wir sicherstellen, dass die Europäer noch an Europa glauben. Und um es brutal zu formulieren, unser Hauptziel war nicht und darf nicht sein, hauptsächlich Reformen in Nachbarländern zu fördern. Unser Hauptziel, so sagt Helmut Schmidt, muss eine selbstbehauptete, souveräne EU sein.

Das negative Ergebnis der Volksabstimmung in Frankreich mit fast 55 % Nein-Stimmen hat gezeigt, dass trotz dieses Erfolgs die Bürger sich von der EU langsam entfernen. Wir treten jetzt in eine neue Phase der Einigung Europas ein: Demokratie ist kein Luxus mehr, sondern eine Notwendigkeit. Im Erweiterungsprozess ist „business as usual“ vorbei: Die Regierungs- und Staatsschefs können nicht weiter allein entscheiden und von den Bürgern erwarten, dass sie ihre Entscheidung stillschweigend am Ende des Prozesses („take it or leave it“) akzeptieren. In Frankreich ist im März die nationale Verfassung revidiert worden; jetzt wird eine Volksabstimmung vor jeder Erweiterung nach dem Beitritt Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens Pflicht. Die künftigen Regierungen haben keine Wahl mehr.

Diese Argumentation ist nicht anti-türkisch. Sie ist gegen niemanden gerichtet. Sie ist schlicht und einfach pro-europäisch. Das Weiterbestehen der EU liegt im Interesse von allen, den alten Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten. Was wir zurzeit machen, nämlich etwas zu versprechen, ohne sicherzustellen, dass wir unsere Versprechungen halten können, ist unfair. Es wird sowohl in der Türkei, als auch in unseren Ländern Frustrationen verursachen.

Drei Aspekte dieser komplexen Frage möchte ich im Folgenden genauer darstellen:

### **I. Der Mangel an Demokratie im Erweiterungsprozess**

Der Europäische Rat ist schuld, dass wir uns jetzt in einer schwierigen Situation befinden:

Den Türken ist zweifellos viel versprochen worden, wenn auch manchmal unter unklaren Umständen. Der Assoziationsvertrag aus dem Jahre 1963 beinhaltete nur vage Versprechungen (so beispielsweise Artikel 28: „[...] werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen.“). Völkerrechtlich betrachtet ist dieser Artikel eher unverbindlich. Außerdem war damals die EG nicht mehr als ein Binnenmarkt. Valéry Giscard d'Estaing hat schon behauptet, der Beitritt zur Zollunion 1995 habe die Versprechungen von 1963 erschöpft. 1999, in Helsinki, wurde der Türkei explizit der Kandidatenstatus eingeräumt, und 2004 hat der Europäische Rat die Eröffnung der Verhandlungen versprochen, die nun am 3. Oktober begonnen haben.

Von diesen Versprechungen haben die Bürger der EU wenig erfahren. Nach der Entscheidung von Helsinki haben die meisten Regierungen der Mitgliedsstaaten ihre

Informationspolitik unverändert weitergeführt. Es wurde wenig erklärt. Zu einem intensiven Austausch mit der Türkei, der auch die Völker einbezogen hätte, ist es nicht gekommen. Das Land bleibt für viele weit, fremd und unbekannt. Von Bemühungen um eine bessere gegenseitige Verständigung der Menschen war kaum die Rede. Darin besteht ein riesiger Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich. In Frankreich sind die Türken nicht so zahlreich wie in Deutschland und meistens weniger integriert; die Auseinandersetzungen um Kopftücher betreffen im Wesentlichen Türkinnen; auch sind gemischte Ehen seltener als bei Maghrebiniern. Der erfolgreiche türkische Manager oder der Abgeordnete türkischer Abstammung sind in Frankreich unbekannt. Marokkaner oder Tunesier werden als näher betrachtet. Die persönlichen Verbindungen mit dem Maghreb sind viel enger als die mit der Türkei.

Deswegen gibt es eine Kluft zwischen den Versprechungen an die Türken und der Wahrnehmung der europäischen Bürger. Denn das Zusammenleben in der EU gleicht mehr einer „Hochzeit“ als einer diplomatischen Kooperation<sup>3</sup>. Es ist so viel mehr als seine diplomatische Zusammenarbeit, die nur unter Experten läuft: Im Europäischen Parlament verabschieden wir zusammen etwa 60 % der Gesetzgebung, die in unseren jeweiligen Staaten dann gilt. Deswegen ist es besonders wichtig, gemeinsam zu entscheiden, wer Mitglied der EU sein darf.

Man kann erwidern, dass die EU solch harte Bedingungen wie an die Türkei nie gestellt hat, vor allem nicht an die letzten zehn neuen Mitgliedstaaten. Das stimmt. Aber das „Timing“ ist wichtig. Wie viel Erweiterung kann sich die EU zumuten? Das hängt davon ab, in welchem Zustand sie sich in einem bestimmten Augenblick befindet. Die Türkei will der heutigen EU beitreten. Nun ist diese zweifellos „erweiterungsmüde“. Außerdem haben wir in Frankreich 1972 vor dem Beitritt Großbritanniens einen Volksentscheid durchgeführt, was bei den anderen Beitritten nicht wiederholt wurde. Dadurch entstand in Frankreich eine große Frustration den zehn neuen Beitrittsländern gegenüber. Wenn wir davon ausgehen, dass wir mit den zehn Neuen einen Fehler gemacht haben, sollten wir diesen in der Zukunft wiederholen, nur weil die Vergangenheit so war?

## II. Unsere unklare Vorstellung über die Zukunft der EU

Mehrere Vorstellungen von der EU sind denkbar. Eine, die heute Nachmittag noch von Wolfgang Schäuble dargestellt worden ist, beruht auf Kohärenz und auf Identität. Der Begriff „Identität“ ist zwar nicht einfach zu definieren; er besteht aus einer Mischung von Geschichte, Geographie, Zivilisation, gemeinsamen Erfahrungen, subjektiven Gefühlen, Erinnerungen. Heinrich August Winkler nennt es das „Wir-Gefühl“.

---

<sup>3</sup> Hierzu der hintergründige Titel meines Buches, der ein Zitat aus einem Theaterstück von Molière aufgreift: „J’ai surtout pour les mariages un talent merveilleux ... et je crois, si je me l’étais mis en tête, que je marierais le Grand Turc avec la République de Venise“ („Ich habe ein wunderbares Talent zum Verheiraten ... und ich glaube, wenn ich es mir in den Kopf setze, könnte ich sogar den Großtürken mit der Republik Venedig verheiraten“) (L’Avare, acte II scène V).

Eine andere mögliche Vision der EU ist die, die auf dem Willen der Mitglieder beruht: Es gehört dazu, wer bereit ist, die Werte und Regeln der EU zu respektieren, ihre Ziele zu verinnerlichen, abgesehen von Geschichte und Geographie. In der Theorie könnte die EU in dieser Hinsicht sogar weltweit einen Rahmen bieten.

Beide Vorstellungen bringen uns nicht zum gleichen Ziel. Unser Problem liegt genau darin. Am Anfang der Europäischen *Gemeinschaft* hatten wir die erste Vision vor Augen. Jetzt gehen wir immer mehr – und ohne öffentliche Debatte – in die Richtung der zweiten. Jahrzehntelang waren die beiden Anschauungen nicht voneinander zu trennen; die zweite Vision ließ sich in den Rahmen der ersten einbeziehen: Mit dem kalten Krieg blieben viele der heutigen Mitglieder bzw. der heutigen GUS-Staaten als Kandidaten außer Betracht. Jetzt ist aber die Frage der Kompatibilität der beiden Anschauungen konkret geworden.

Diese Gratwanderung wurde in der Stellungnahme der so genannten „Independent Commission on Turkey“<sup>4</sup> deutlich, in der Kurt Biedenkopf, Michel Rocard und Bronislaw Geremek Mitglieder waren. Die Autoren behaupten, dass das alte Projekt von Monnet und Adenauer tot sei. Dessen Beerdigung sowie die Geburt eines „strategischen Europas“ (Fischer) müssen aber intensiv diskutiert werden; sie kann nicht einfach so verordnet werden. Über so eine radikale Veränderung wollen die Bürger informiert werden, vor allem wenn die Regierungen weiter von einer „EU der Bürger“ reden. Sonst wäre es widersprüchlich.

Die Kopenhagener Kriterien aus dem Jahre 1993, die das A und O der Erweiterung bilden, sind leider nicht besonders passend: Von der notwendigen Bereitschaft, in der EU Souveränität zu teilen, sagen sie nichts. Sie erwähnen nicht einmal das Wort „supranational“. Über die Art einer Gesellschaft, die wir gemeinsam bilden wollen, bleiben sie ebenfalls stumm. Doch der Mensch braucht viel mehr als einen Binnenmarkt und einen gut organisierten Wettbewerb, um glücklich zu sein. Die Amerikaner selbst haben im 18. Jahrhundert die Suche nach Glück in ihre Verfassung einbezogen („pursuit of happiness“). Die Europäer sollen also eine EU unterstützen, die im Gegensatz dazu nur mit der Übernahme von demokratischen Strukturen, der Marktwirtschaft und des „acquis communautaire“ zufrieden ist?

Außerdem hat die EU – die Kommission und die Mitgliedstaaten – das vierte Kriterium von Kopenhagen, das die Beibehaltung der Dynamik der Integration explizit vorsieht, für zweitrangig erklärt. Der Vertrag von Nizza hat die Tür der EU geöffnet, ohne dass die Versprechungen an die europäischen Bürger respektiert wurden. In Frankreich hat nicht nur die Regierung „Erweiterung“ an „Vertiefung“ geknüpft: Das Gesetz, das die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags erlaubte, sah vor, dass keine Erweiterung ohne tiefgreifende Reform der EU stattfinden kann. Die Erweiterung hat doch stattgefunden. Die Reform wartet noch. Sind die Versprechungen an die eigenen Bürger nicht mindestens so wichtig wie die Versprechungen an die Türken? Die Re-

---

<sup>4</sup> „La Turquie dans l'Europe, plus qu'une promesse?“ Rapport de la *Commission indépendante sur la Turquie*; septembre 2004; financiert vom Open Society Institute und dem British Council.

gierungen, die immer das Argument „Europa muss sein Wort halten“ benutzen, sollten sich bemühen, auch intern treu zu bleiben.

Wir brauchen eine starke Union. Eine starke Union erfordert handlungsfähige Institutionen. Vertrauen, Nähe, „Wir-Gefühl“ tragen zur Supranationalität bei. Es ist kein Zufall, wenn die Befürworter einer losen Union, einer Union ohne zu weit gehenden Souveränitätstransfer, bis jetzt die aktivsten Befürworter der Erweiterung gewesen sind. Das ist nämlich die beste Garantie dafür, dass die politische Union nie Realität wird.

Weder die Regierungen, die für den Beitritt der Türkei werben, noch die Kommission in ihren verschiedenen Berichten, haben bis jetzt eine überzeugende institutionelle Gestaltung der EU mit der Türkei als Mitglied vorgeschlagen. Im Oktober 2005 werden die Verhandlungen eröffnet, ohne dass irgendjemand ein „blueprint“ in der Hand hat. Das Scheitern der Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden erschwert den ganzen Prozess erheblich. Ist es vernünftig, in die EU von Nizza so ein großes Land einbeziehen zu wollen? Nein, es ist schlicht und einfach eine Überforderung der EU und ihrer Völker.

Seit zehn Jahren ist das brennende Thema aller institutionellen Diskussionen das Groß-Klein-Dilemma. Mit der Türkei wäre zum ersten Mal das größte Land der EU (größer als Deutschland) gleichzeitig das ärmste und das kulturell fremdeste. Die Türkei hätte legitime Ansprüche auf die größte Stimmenanzahl im Rat und auf die meisten Sitze im Parlament. Wer behauptet, dass solch eine Revolution in der Geschichte der EU problemlos laufen kann, der nimmt ein großes Risiko auf sich. In Volksabstimmungskampagnen, wie sie in Frankreich oder Österreich geplant sind, ist eine solche Änderung dem Volk nicht zu verkaufen.

Es kommt noch hinzu, dass die Türkei es ablehnt, in kritische Distanz zu sich selbst zu gehen. Der Nationalismus ist jenseits des Bosphorus stark; die Ereignisse vom Frühling 2005 um die türkische Fahne haben dies noch einmal gezeigt. Das Land hat noch nicht mit seiner Vergangenheitsbewältigung begonnen. Im Gegenteil: Den armenischen Genozid zu leugnen, scheint Teil der nationalen Identität zu sein. Wenn ein paar mutige Schriftsteller und NGOs es wagen, davon zu erzählen, ist immer noch das türkische Strafbuch in dieser Hinsicht doppeldeutig (Artikel 305). Und der Berater des Ministerpräsidenten Erdogan, Herr Zapsu, hat hier in dieser Runde erklärt, dass Historiker diese Morde dokumentieren müssten. Wie kann er wagen, so weit zu gehen? Hier in Berlin, am Tag nach der Eröffnung des Shoah-Mahnmales? Der Genozid ist dokumentiert! Etwa eine Million Menschen sind getötet worden. Nur weil sie waren, wer sie waren. Es ist keine Frage für Historiker; es ist jetzt eine Frage für Politiker. Ein Land kann nur der EU beitreten, wenn es bereit ist, Supranationalität anzunehmen. Und die Bereitschaft, supranationale Zwänge zu akzeptieren, ist stärker, wenn die eigenen Laster und Fehler erkannt werden. Ohne die Anerkennung der eigenen Verantwortung den Juden gegenüber wäre Deutschland nicht so gut in die EG und EU integriert worden.

Die Finanzierung des riesigen Projekts „Türkei in die EU“ ist nicht gesichert. Unsere Regierungen erwähnen immer das Erfolgsbeispiel von Spanien, Griechenland oder

Portugal: Die EU hat in diesen Ländern Stabilität gebracht, hat ihnen geholfen, aus der Diktatur heraus eine Demokratie zu etablieren. Damals hatte aber die EU dafür ihr Budget erhöht. Die Struktur- und Kohäsionsfonds waren die Mittel zum Zweck<sup>5</sup>. Herr Quaisser wird Ihnen morgen im Detail berichten, wie die diesbezüglichen Einschätzungen für die Türkei aussehen. Bis jetzt habe ich nie einen deutschen oder einen britischen oder einen niederländischen Abgeordneten getroffen, der bereit ist, seinen Wählern zu erklären, sie müssten Milliarden Euros für die Türkei ausgeben. Ich kenne keinen Franzosen, keinen Österreicher, der es schaffen wird, solche Ausgaben in einer Volksabstimmung zu verkaufen.

Die Regierungen, die das Projekt „Türkei in die EU“ unterstützen (z. B. Paris, Berlin, London, Den Haag) sind eben diejenigen, die zurzeit eine Beschränkung des europäischen Budgets anstreben. Mit 1 % vom Bruttosozialprodukt kann man wenig tun; deswegen hat der Europäische Rat im Dezember 2004, rechtlich gesehen, keinen Beitritt angeboten. Was den Türken vorgeschlagen wird, ist eine Art privilegierte Partnerschaft, da weder die gemeinsame Agrarpolitik, noch die Förder- und Strukturpolitik, noch die Freizügigkeit für die Menschen für die Türkei gelten sollen. Für diese Bereiche sind *permanente*, und nicht – wie üblich – provisorische Schutzklauseln vorgesehen. Die Wortwahl spielt hier eine Rolle: „Schutzklausel“. Sich schützen? Gegen wen? Gegen einen anderen Mitgliedsstaat? Gegen Menschen, die wir in der Theorie als Gleichberechtigte betrachten?

Die EU läuft in die Irre, wenn ihre Regierungs- und Staatschefs es nicht wagen, zu den Türken „nein“ zu sagen, und gleichzeitig aus der EU eine leere Hülse machen. Traurige „political correctness“, die uns hindert, einmal die Wahrheit zu sagen, die Grenzen der Machbarkeit anzuerkennen, statt weiter blühende Landschaften zu versprechen, die nirgendwo existieren.

### III. Die Frage der Religion

Religion ist kein Grund, irgendjemanden aus der EU auszuschließen. Die EU ist keine konfessionelle Union. Millionen EU-Bürger sind Muslime. Es ist sogar erstaunlich, dass mehrere Regierungen den Beitritt der Türkei mit den folgenden Argumenten rechtfertigen: Die EU solle dadurch beweisen, Islam und Christentum seien kompatibel. Hoffentlich ist dieses Argument überflüssig! Unabhängig vom türkischen Beitritt müssen wir ohnehin alles tun, damit Gläubige der beiden Religionen miteinander leben, und nicht nur nebeneinander.

Die unterschiedlichen Religionen dürfen aber umgekehrt auch kein Grund sein, ein Land in die EU einzubeziehen. Die EU ist nicht das richtige Instrument für den Dialog der Religionen. Geistige Fragen erfordern viel mehr als einen Beitrittsvertrag zur

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu Jacques Delors in seinen Memoiren, Plon 2004, S. 245.

EU. Technokraten und Diplomaten sind für den Dialog der Religion nicht die am besten geeigneten Personen.

Die Europäer haben sich in eine Ecke drängen lassen, in der, egal was sie sagen und welche Argumente sie benützen, der Partner ihnen vorwirft, sie seien „ein christlicher Club“<sup>6</sup>. Das ist keine gesunde Beziehung. Die EU ist kein Club; die EU ist ein politisches Gebilde. Trotz der Erklärungen von George W. Bush in Istanbul im letzten Jahr hat sie nichts zu beweisen. Die Amerikaner, die einen Krieg gegen ein muslimisches Land geführt haben, ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, sollten in dieser Hinsicht zurückhaltend sein. Die Erweiterung der EU muss eine souveräne Entscheidung der EU-Bürger und ihrer Regierungen sein. Druck von außen kann nur schaden.

Die Frage der Beziehungen zum Islam auf das Verhältnis der EU zur Türkei zu reduzieren, ist zudem fragwürdig. Wer die Argumente der Verbesserung der Beziehungen mit einem modernen islamischen Land in den Vordergrund stellt, sollte dann eine Antwort für Marokko anbieten. Zwar liegt Marokko geographisch in Nordafrika. Aber die Ostregionen der Türkei sind auch weit entfernt von Europa. Der junge marokkanische König hat zur Förderung der Demokratie und der Gleichheit zwischen Männern und Frauen viel beigetragen, nämlich mit der Reform der *Moudawana*. Können wir den Türken den Beitritt vorschlagen und anderen Staaten diese Perspektive verweigern, und trotzdem hoffen, diese Staaten würden die Türkei als Modell ansehen? Joschka Fischer beschreibt die Welt als eine „Post-9/11-Herausforderung“; wenn dies der Fall ist, wenn unsere Analyse das Ziel der Verbesserung der Beziehungen zum Islam als vorrangig erkennt, dann spielt Geographie keine Rolle mehr.

Der Beitritt der Türkei könnte nur als Modell wirken, wenn dieselbe Perspektive der vollen Mitgliedschaften anderen muslimischen Ländern angeboten würde. Das ist aber nicht der Fall.

Selbstverständlich werden manche Fanatiker versuchen, eine negative Entscheidung gegenüber der Türkei als antiislamisch zu beschreiben. In eine solche Falle dürfen wir aber nicht gehen, wenn unsere Argumente gegen diesen Beitritt anderer Natur sind (institutionelle Lähmung, finanzielle Überbelastung). Es sind sachliche Gründe, nicht religiöse.

Die Debatte hat sich schon innerhalb von einem Jahr sehr verändert. Die Türken haben zuerst jede Perspektive einer Volksabstimmung in Frankreich rigoros abgelehnt. Sie merken jetzt, dass sie unumgänglich ist. Vor einem Jahr war die Frage des türkischen Beitritts nur eine türkische Frage (ist dieses Land bereit?). Jetzt ist die Diskussion etwas ausgewogener: In vielen Mitgliedstaaten (Frankreich, aber auch Dänemark und den Niederlanden) fängt man an, sich zu fragen, ob auch die EU dazu bereit ist. Dies zu beantworten, ist langfristig und selbst für die Befürworter dieses Beitritts besonders wichtig.

---

<sup>6</sup> Siehe z. B. *Mesut Yilmaz*, *Türkei – EU, die Suche nach einer ehrlichen Partnerschaft*, Berliner Wissenschaftsverlag, 2004, S. 57.

Der türkische Beitritt ist in der Tat auch eine interne Frage für die EU. Die EU respektiert das Subsidiaritätsprinzip. Auf der Ebene der EU werden „strategische“ Entscheidungen getroffen. Die Gemeinden, die Länder und Regionen und die Mitgliedstaaten bleiben aber in vielerlei Hinsicht für die konkrete Implementierung zuständig. Die Integration von Ausländern in den Schulen, in den Krippen oder in Krankenhäusern wird in der Zukunft die Kommission und die Regierungen wenig belasten. Dafür werden die lokalen Ebenen die Verantwortung tragen. Und jeder weiß, dass die Integration der muslimischen Bevölkerungen nicht problemlos läuft, weder in den Niederlanden, noch in Frankreich, Deutschland oder Spanien.

Wer die Schwierigkeiten unterschätzt, unterstützt indirekt die extrem rechten Fanatiker. Der beste Beweis für die Zweideutigkeit der europäischen Regierungen besteht darin, dass keiner es wagt, von einem echten Beitritt zu reden. Sie lehnen für die Türken – die Menschen – die Freizügigkeit ab mit dem schönen Wort „permanente Schutzklausel“.

Zum Schluss möchte ich auf die Ausführungen von Staatssekretär Andres von heute Nachmittag zurückkommen: Wir brauchen eine demokratische Debatte über die Grenzen der EU und über die Situation der Türkei. Mehr verstehen zu wollen über das Schicksal der EU, ist vollkommen legitim. Es ist zwar schwierig, eine solche Debatte zu führen; sie ist aber umso schwieriger, wenn diejenigen, die ohne Rücksicht auf den Willen der Mehrheit Versprechungen machen, jede Art von Gegenargument als „Bauchgefühl“ (Andres) beschreiben. Es ist zurückzuweisen, dass denjenigen, die aus einer pro-europäischen Perspektive heraus gegen den Beitritt der Türkei argumentieren, die Beitrittsfrage also im Zusammenhang mit der Zukunft der EU selbst diskutieren, die Rationalität und Legitimität ihrer Argumente auf diese Weise abgesprochen wird. Wozu das führt, haben die Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden gezeigt.